

## In dieser Ausgabe:

### 2 Armuts-Alarm in Neukölln.

Zwei Sichtweisen auf eine Veranstaltung der LINKEN

**4 Nach Tempelhof in Tegel ein Zeichen setzen.** Die Debatte über die Nachnutzung hat begonnen

**5 Afghanistan:** „Das Volk soll das Maul halten“. Deshalb wird im Bundestag erst wieder nach den Wahlen über den Kriegseinsatz der Bundeswehr debattiert

**7 50 Jahre Kubanische Revolution,** eine Veranstaltungsreihe in der Galerie Olga Benario

## Geld wie Heu für wen?

Bei diesen Zahlen kann es einem schon schwindlig werden: 700 Milliarden Dollar stellt die US-Regierung für den amerikanischen Finanzsektor bereit. Die deutsche Regierung peitscht ein Rettungspaket für die Banken durch Bundestag und Bundesrat mit einem Volumen von fast 500 Milliarden Euro. Rechnet man die Hilfspakete für die Banken aller europäischen Länder zusammen, so sind 1,7 Billionen Euro bereit gestellt worden. Um Banken mit milliardenschweren Stützungsaktionen aufzufangen ist also Geld da, Geld wie Heu. Das wirft die Frage auf: Wenn die Banken so elementar versagt haben, warum sollte ihnen dann Blankovollmacht für die Zukunft gegeben werden? Weit und breit ist kein vernünftiger Grund dafür zu erkennen. Es geht um die demokratische Kontrolle der Banken, es geht um ihre Überführung in Gemeineigentum. Der Kampf hat begonnen.

KDH

**DIE LINKE.**  
Bezirksverband Neukölln



Foto: Jacob Huber

Nicht nur verstaatlichen - es geht um demokratische Kontrolle der Banken. Sie haben genug gezockt.

# Zocker sollen Zeche zahlen

**D**as Finanzmarkt-Casino explodierte. Immer mehr Hypotheken und von ihnen mehrfach abgeleitete Kunstprodukte erwiesen sich als „faul“. Voraussetzung der Krise war die Aufblähung der Finanzmärkte auf mehr als 100 Billionen Dollar. 1980 waren es gerade einmal vier Billionen Dollar. Die Geldschwemme ist Resultat einer massiven Umverteilung von unten nach oben. Je mehr Vermögen nach immer höherer Rendite strebt, desto größer

die Tendenz zur Verselbständigung der Finanzsphäre gegenüber der Realwirtschaft. Desto größer der gesellschaftliche Schaden, der angerichtet wird. Die Zocker sollen die Zeche zahlen! Eine Millionärssteuer ist notwendig: Bei einem Steuersatz von etwa fünf Prozent bei einem Freibetrag von einer Million könnten jährlich 100 Milliarden Euro abgeschöpft werden. Das wäre viel Geld, um öffentliche Aufgaben bezahlen zu können. (Ausführlich auf Seite 3)



Foto: Franziska Lorenz-Hoffmann

## Keinen Fußbreit den Nazis

Auf Rundkurs in Rudow. Mit einem Linienbus der BVG werben Aktive des Runden Tisches für Demokratie und Respekt, gegen Rechtsextremismus. Im vergangenen Jahr trommelten hier die Nazis bundesweit ihre Anhänger für einen Aufmarsch zusammen. Demokraten stellten sich ihnen entgegen.

# Armut Alarm in Neukölln

**„Wie können wir das Leben in Neukölln verbessern?“  
DIE LINKE Neukölln hatte Ende Oktober zur Bestandsaufnahme und zur Debatte ins Rathaus eingeladen. Die Resonanz war groß. Wir dokumentieren zwei Sichtweisen: Die Innensicht aus der Fraktion der LINKEN in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung von Sylvia Stelz und als Außensicht einen Auszug aus dem Internet-Blog des „Rixdorfer Stadtschreibers“ Rainer Koll.**

## Sylvia Stelz: Umdenken erforderlich

Der Andrang der Besucher zur Diskussion über die Häußermann-Studie, unter dem Motto „Armut Alarm in Neukölln - Droht Neukölln das soziale Aus?“, im Saal der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln, war groß. Genau so groß, wie die Erschütterung über die klare Ansage: Neukölln weist in vielen Verkehrszellen den niedrigsten Sozialindex von Berlin auf.

Die Häußermann-Studie zeigt dezidiert das langsame Abgleiten mehrerer Kieze auf, vergleicht man sie mit den vorherigen Erhebungen. Mich haben die Zahlen erschüttert, aber nicht überrascht. Seit wir in der BVV vertreten sind, erreichten uns fast jährlich Berichte, wie z.B. „Kurzbericht zur soziale Lage Neuköllns“ (BA, 2002), Kinder- und Jugendhilfebericht (BA, jährlich), Sozialstrukturatlas Berlin (Senat, 2003), Bericht zur gesundheitlichen Lage in Neukölln,

## Rainer Koll: Gemeinsam Formen und Foren entwickeln für „Widerstand aus Neukölln“

Wenn wir ehrlich sind, hat die Veranstaltung wenig neue Erkenntnisse hinsichtlich der Problemursachen gebracht. Vor allem war keine Rede von dem globalen Krebsgeschwür „Marktwirtschaft“, wie der Kapitalismus im Radebrech von Ökonomen und Demokratendarstellern genannt wird.

In einem Diskussionsbeitrag wurde beklagt, die Politik habe keinen Zugriff auf die privaten Produktionsmittel. Hierzu ist zu sagen, Verstaatlichung ändert überhaupt nichts, lediglich das Ausmaß der organisierten Korruption namens Politik wird groß ansteigen. Ein Ansatzpunkt - hier geht es um Praxis - wäre eine konsequent durchgeführte lokale Ökonomie (prinzi-

oder auch regelmäßige Erhebungen durch die QM-Gebiete. Mit unserem Antritt als Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung, im Jahr 2001, stehen die sozialen Probleme in unserem Bezirk im Mittelpunkt unseres Handelns. Um aktiv bei der Problemlösung mitzuwirken, haben wir mit der SPD und den Grünen eine Zählgemeinschaft gebildet, denn in einem waren wir uns von Anfang an einig: Wir müssen den uns gegebenen Spielraum nutzen, um gegen den sozialen Abstieg unseres Bezirkes zu kämpfen. Wir haben viel erreicht, aber im Großen nicht viel gewonnen! Wir haben den rasanten Fall bremsen, aber nicht aufhalten können, aber wir lassen uns nicht beirren weiter zu machen. Wenn

ich sehe, wieviel Lob unsere Stadteilmütter auf Grund ihrer wichtigen und kontinuierlichen Arbeit bekommen, die QM-Gebiete wurden von vier auf neun erhöht, kein Jugendclub musste schließen (wie in andere Bezirken), die Musikschule und die Sprachschulen sowie die Schulstationen konnten erweitert werden, und und ... Jetzt sind wir dabei auf Senatsebene über ein neues Model der Zuweisung der Haushaltsmittel für die Bezirke zu kämpfen. Die Bezirke haben kein Sparpotential mehr, sondern sie haben Bedarfe in vielen Bereichen, die ernst genommen werden müssen. Die Häußermann-Studie zeigt eindeutig auf, dass ein Umdenken erforderlich ist, um den sich abzeichnenden Trend aufzuhalten.

*Sylvia Stelz, Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln*



Foto: Sylvia Stelz

*Lebhafte Debatte im Neuköllner Rathaus. Eingeladen waren der Stadtsoziologe Hartmut Häußermann und Senatorin Heidi Knake-Werner, die jedoch verhindert war und sich durch ihre Staatssekretärin Petra Leuschner vertreten ließ.*

piell überall), in der die kapitalistische Produktionsweise ausgeschaltet ist. Es würde hier zu weit führen, das auszuführen.

In einer Hinsicht jedoch war die Veranstaltung außerordentlich aufschlußreich: Die statistischen Erhebungen im Rahmen des Monitorings soziale Stadt sowie die übrigen Aussagen der Referenten lassen mindestens erhebliche Zweifel an der Suffizienz der Quartiersmanagements aufkommen. Natürlich wäre es verfehlt und ungerecht, von diesen Einrichtungen Wunder zu erwarten, zumal ihre Sachkompetenzen ebenso wie ihre Möglichkeiten sehr begrenzt sind.

Überaus positiv war, daß nicht nur über Arme gesprochen wurde, sondern einige von ihnen an der Veranstaltung teilnahmen. Die Podiumsdiskussion könnte (!!!) sich als sinnvoll erweisen, wenn Teile der Linken sich nicht in sinnlosen Kontroversen über eine Beteiligung am

Berliner Senat aufreiben würden. Stattdessen sollten sie sich in den Bezirk hinein begeben und gemeinsam mit allen Interessierten und Willigen geeignete Formen und Foren entwickeln, um einen „Widerstand aus Neukölln“, wie auf der Veranstaltung gefordert, zu beginnen. Gegen das Kapital und seine Partei - gegen die plurale Einheitspartei SPD CDU FDP Grüne CSU und nicht gegen die kleinen Gewerbetreibenden, die oft genug selbst an der Armutsgrenze herumlungern. Denn eine humane und demokratische Gesellschaft kommt nicht aus den Parlamenten, sondern allenfalls aus einer solchen Gesellschaft in die Parlamente. Erst dann kann es Rechtsstaatlichkeit geben und nicht die real existierende Karikatur eines Rechtsstaats.

*Ausführlich im Internet:*

*<http://rixdorfer-stadtschreiber.blog.de/2008/10/>*



Foto: Jacob Huber

Aktion von attac vor der Deutschen Bank in der Friedrichstraße

# Banken in öffentliche Kontrolle und Millionärssteuer

**Welche Konsequenzen zieht DIE LINKE aus Finanzmarktkrise und Rezession. Hier die Position von Michael Schlecht, die er gemeinsam mit weiteren Mitgliedern des Parteivorstandes erarbeitet hat. Am 16. Dezember wird er darüber in Neukölln diskutieren.**

Die Partei ist aufgerufen zu diskutieren, wie zukünftig der gesamte Finanzsektor im Sinne des Allgemeinwohls geregelt werden soll. Dabei ist insbesondere zu prüfen ob der Banken- und Kreditbereich dauerhaft in öffentliche und gemeinwirtschaftliche Kontrolle gehört. Vorbild könnten die Sparkassen und Genossenschaftsbanken sein. Diese erweisen sich im aktuellen Finanzcrash als einzig stabiler Stützpfiler, ohne den die Realwirtschaft schon viel stärker betroffen wäre. Bei der Debatte um die Überführung in Gemeineigentum ist insbesondere der Aspekt der demokratischen Kontrolle und Ausrichtung der Geschäftspolitik der Banken auf die Erfordernisse der Bevölkerung und der Realwirtschaft von entscheidender Bedeutung. Das Bankgeschäft ist im Kern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Zur Abschöpfung des frei vagabundierenden Finanzkapitals ist eine Millionärssteuer notwendig: Bei einem Steuersatz von etwa fünf Prozent bei einem Freibetrag von einer Million können jährlich 100 Milliarden Euro abgeschöpft werden. Viel Geld, das für Bildung und Erziehung, öffentliche Daseinsvorsorge, eine hervorragende Infrastruktur und den ökologischen Umbau unseres Landes eingesetzt werden könnte. Es wäre sogar die Schuldentilgung vor allem von

Länder- und Kommunalhaushalten denkbar, die heute mit rund 600 Milliarden Euro in der Kreide stehen. Und Geld für Rettungsaktionen von Banken bliebe auch noch übrig.

Voraussetzung der Krise war die Aufblähung der Finanzmärkte auf mehr als 100 Billionen Dollar. 1980 waren es gerade einmal vier Billionen Dollar. Je mehr Vermögen nach immer höherer Rendite strebt, desto größer die Tendenz zur Verselbständigung der Finanzsphäre gegenüber der Realwirtschaft. Desto größer der gesellschaftliche Schaden, der angerichtet wird. Die Geldschwemme ist Resultat einer massiven Umverteilung von unten nach oben. Unternehmern, Vermögenden und Beziehern hoher Einkommen sind in Deutschland in den letzten zehn Jahren rund eine Billion Euro zusätzlich zu-

**Die Kanzlerin bleibt eisern: Mehr Einsatz gegen die Krise sei vorerst nicht nötig. Doch sie gerät wegen ihrer Zaghaftheit international immer mehr unter Druck.**

Runter mit der Einkommensteuer lautet ein Vorschlag. Hört sich prima an. Ist aber teuer und nur sinnvoll, wenn es vor allem den Menschen mit niedrigen Einkommen zugute kommt. Gegenfinanziert durch höhere Steuern für Reiche. Die konsumieren deswegen nicht weniger.

Runter mit der Mehrwertsteuer? Ist auch teuer. Und fraglich, wie viel durch Preissenkung überhaupt bei uns ankommt.

**Diskussion mit MICHAEL SCHLECHT**  
gewerkschaftspolitischer Sprecher der LINKEN

**LYDIA KRÜGER**  
wissenschaftlicher Beirat von attac

**16.12.2008 um 19.00 Uhr**  
Gemeinschaftshaus  
Gropiusstadt

Bat-Yam-Platz 1, 12353 Berlin  
U-Bahn: Lipschitzallee (U 7)

geflossen; die eine Hälfte weil die Lohnerhöhungen zu niedrig waren, die andere aufgrund massiver Steuergeschenke. Die oberen zehn Prozent der Haushalte in Deutschland verfügen inzwischen über fast zwei Drittel des Gesamtvermögens.

## Was tun gegen die Krise?

Was ist mit Konsumschecks? Die muss es dann aber für alle geben. Gerade Erwerbslose, Mini- und 1-Euro-Jobber, viele Rentnerinnen und Rentner brauchen jeden Cent. Und nicht nur als einmaliges Geschenk: Deshalb rauf mit Renten und ALG II. Und gegen Hungerlöhne brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn.

Besonders wirksam als Antikrisenpolitik ist ein Investitionsprogramm. Schnell muss es kommen und nicht zu knapp darf es ausfallen. Der DGB schlägt zwei bis drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts vor. Das wären 75 Milliarden Euro.

Auch dauerhaft brauchen wir in Deutschland wieder mehr Investitionen. Für Bildung, Erziehung und Gesundheit, für Infrastruktur, Klima und Umwelt.

# Nach Tempelhof in Tegel ein Zeichen setzen

*Die Debatte um die Nachnutzung des zweiten Innenstadtflughafens hat begonnen*

**„Flugverkehr gehört nicht in die Stadt.“ Die Berliner Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer, verdeutlichte gleich zu Beginn der 1. Standortkonferenz „Zukunftsraum TXL“ zur Nachnutzung des Flughafen-geländes Tegel im Oktober noch einmal das schwerwiegendste und entscheidende Argument für die Beendigung des Flugbetriebes in Tegel.**

**E**s gilt nun den Blick nach vorn zu richten, eine Zukunft ohne Fluglärm, Absturzängste und Gesundheitsrisiken für die Anwohner ins Auge zu fassen. Eine Zukunft, die Chancen bietet - für die Menschen, für Berlin.

Visionäre Schaffenskraft, gepaart mit notwendigem Verantwortungsbewusstsein für das Ganze verkörperte der Architekt des Flughafens Tegel, Prof. Dr. Meinhard von Gerkan. Die entscheidende Frage sei, was müsse und könne getan werden, um dem längst begonnenen Klimawandel zu begegnen?

Niemand dürfe davon ausgehen, dass Mensch so weitermachen kann wie bisher. „Städte spielen die Hauptrolle bei der Klimaveränderung, sind dabei selbst Hauptbetroffene“.

Ein Umdenken müsse hier und heute stattfinden. Jeder Einzelne sei verantwortlich.

Für den Architekten von Gerkan heißt dies, Städtebau darf nur noch nachhaltig geplant werden, Gebäude dürften nicht mehr Energie verbrauchen, sondern sind so zu konzipieren, dass sie Energie erzeugen (EnergiePlus-Gebäude). Durch Nutzung von Solar- und Windenergie sowie Biomasse könne bis zu 50 Prozent an Energieverbrauch vermieden werden.

Grundlage jeder Planung müsse sein: Kein Abriss des Terminals, weitgehender Erhalt der ursprünglichen Bebauung, die ursprüngliche Kernplanung zur Grundlage für das Neue nehmen, keine „Teilnutzung drittklassiger Art“, kein Messe- und Kongresszentrum, kein Konsumtempel.

Stattdessen solle Berlin „ein Zeichen setzen“. Ausgehend vom heutigen Terminal könnte ein „Aktions- und Forschungszentrum Solarenergie“ entstehen, ein Begegnungs- und Veranstaltungszentrum mit vielfältigen Synergieeffekten. Berlin könnte mit diesem Projekt zum „Mekka urbaner Nachhaltigkeit“ werden, das Planer, Entwickler, Forscher und Wissenschaftler anziehen soll und wird.

Den umbauten und den offenen Raum sollten, so Prof. von Gerkan, die Eigentümer, das Land Berlin, der Bund und gegebenenfalls noch andere vorerst kostenfrei zur Verfügung stellen. Unverzüglich angesprochen werden könnten

schon wirtschaftlich erfolgreiche Firmen, aber auch kleinere kreative experimentelle Projekte, die sich den Fragen ökologischer Energiegewinnung, -nutzung und -einsparung verschrieben haben.

Aus Frau Junge-Reyers Abschlussbeitrag wurde deutlich, dass die von Prof. von Gerkan skizzierte Richtung viel verspricht. Es gelte, geeignete, interessierte und kompetente Partner zu suchen und zu finden, das regionale und wissenschaftliche Umfeld einzubeziehen, einen „politischen Aufruf“ zu entwickeln, „Bilder entstehen“ zu lassen. Daran wird sie sich zukünftig messen lassen müssen. Man darf gespannt sein.

DIE LINKE Reinickendorf wird die von Prof. Dr. von Gerkan entwickelten Vorschläge unterstützen und sich an diesem Entwicklungsprozess beteiligen. Sie fordert die politischen Gremien in Reinickendorf auf, unverzüglich eine Konzeption zu entwickeln, die es möglich macht, regionale Interessen produktiv und kooperativ in das Gesamtprojekt einfließen zu lassen. Unumgänglich ist dabei die frühzeitige Einbeziehung der Reinickendorfer Bürger in Form eines Rundes Tisches.

*Jürgen Schimrock ist Mitglied des Bezirksvorstands Reinickendorf der LINKEN*

*Ein ausführlicher Bericht über die 1. Standortkonferenz am 1.10.2008 unter [www.dielinke-reinickendorf.de/WiR](http://www.dielinke-reinickendorf.de/WiR)*

## Rudow: Gesicht zeigen gegen Rechtsextremismus



*Aktionstag des Runden Tisches gegen Rechtsextremismus in Rudow am 15. November. Mitglieder demokratischer Parteien aus Neukölln, dar-*



*unter DIE LINKE, von Bürgerinitiativen, Kirchengemeinden demonstrierten in der Nähe der Rudower Spinne. Hier hatten sich in der letzten*

*Zeit immer wieder Neonazis zusammengerottet und die Bevölkerung belästigt und Demokraten angegriffen.*



Foto: KDH

Spontane Aktion vor dem Bundestag bei der Übergabe der Petition der Friedensbewegung „Truppen raus aus Afghanistan“.

# „Das Volk soll das Maul halten“

Gastbeitrag von Peter Strutynski vom Bundesausschuss Friedensratschlag

**Was bereits im Vorfeld angekündigt worden war, ist nun beschlossen worden: Das Bundeswehrkontingent, das im Rahmen von ISAF operiert, soll von bisher höchstens 3.500 auf 4.400 Soldatinnen und Soldaten erhöht werden.**

Damit kommt die Bundesregierung ein weiteres Mal den anderen NATO-Staaten und insbesondere den USA entgegen, die seit längerem eine Verstärkung der Militärpräsenz der NATO in Afghanistan fordern. Während die öffentliche Debatte und die Meinung von Experten immer mehr dazu neigen, den Afghanistankrieg zu beenden und die Besatzung lieber heute als morgen abzuziehen, favorisiert die Bundesregierung weiterhin die militärische Lösung, den Krieg. Die Auffassung von Hardlinern aus den USA, Großbritannien und Frankreich, wonach sich das Schicksal der NATO am Hindukusch entscheidet, wird mittlerweile auch von Verteidigungsminister Jung und von Bundeskanzlerin Merkel vertreten. Mit anderen Worten: Afghanistan ist für sie nur noch das Exerzierfeld, auf dem sich die NATO zu bewähren hat.

Allen Warnungen zum Trotz weitet die Bundesregierung aber auch das Mandat für Teile der Bundeswehr auf ganz Afghanistan aus. Dies gilt etwa für die deutschen Fernmeldeeinheiten, für die deutschen Lufttransport-Kapazitäten und für den Bereich der sog. Operativen Information. Im Antrag der Bundesregierung heißt es dazu: „Darüber hinaus können im gesamten Verantwortungsbereich von ISAF die Aufklärungsflugzeuge vom Typ TORNADO RECCE eingesetzt werden sowie deutsche Beiträge zur Führung und Durchführung von Informations- und Fernmeldeeinsätzen, zum ISAF-

Lufttransport, einschließlich taktischem Verwundetentransport (AIRMEDEVAC) geleistet werden.“ Diese Einheiten sollen - ähnlich wie das bei den Tornados bereits der Fall ist - nicht nur in Nordafghanistan, sondern auch im Süden und Südosten des Landes eingesetzt werden. Damit steigt die Gefahr für Leib und Leben der Soldaten. Und damit wiederum verstärkt sich der „Zwang“, künftig weitere Kampftruppen an den Hindukusch zu entsenden.

Außenminister Steinmeier hat in der Bundestagsdebatte darauf hingewiesen, dass demnächst auch AWACS-Aufklärungsflugzeuge mit deutschen Besatzungen den Luftraum über Afghanistan überwachen werden. Dass dieser Einsatz noch nicht in dem vorliegenden Antrag gefordert wird, ist wohl auch ein taktisches Manöver. Die Abgeordneten in der Regierungskoalition sollen offenbar bei der Stange gehalten werden.

Die Kosten des Afghanistaneinsatzes steigen weiter an: Bisher waren es pro Jahr 450 Millionen Euro für den Militäreinsatz. Für die nächsten 14 Monate beläuft sich der militärische Beitrag auf 688 Mio. Euro. Bezogen auf einen 12-Monatszei-

traum sind das 590 Mio. Euro. Die Kriegsausgaben werden also um gut 30 Prozent erhöht.

Wie wenig die Bundesregierung vom eigentlichen Souverän, der Bevölkerung, hält, dokumentiert sie mit der Verlängerung der Laufzeit des Mandats von 12 auf 14 Monate. Der Afghanistankrieg soll aus dem Bundestagswahlkampf 2009 herausgehalten werden, lautet die offizielle Begründung. Was für ein pervertiertes Demokratieverständnis! In der wichtigsten Frage überhaupt, der nach Krieg oder Frieden, hat das Volk gefälligst das Maul zu halten. Die Friedensbewegung wird den Kriegsbefürwortern einen Strich durch die Rechnung machen. Das Thema Afghanistan wird von ihr zu einem zentralen Thema ihrer Öffentlichkeitsarbeit im Bundestagswahlkampf gemacht. Es verträgt sich auf Dauer nicht mit einer Demokratie, wenn die Regierung ein ums andere Mal gegen die Interessen und Wünsche des Staatsvolks handelt. Alle Umfragen der letzten Jahre zeigen eine konstante und eindeutige Mehrheit der Bevölkerung gegen die deutsche Kriegsbeteiligung und für den Abzug der Bundeswehr. Das muss sich endlich auch in der Zusammensetzung des Bundestags widerspiegeln.

## Können die Flüchtlinge sich Hoffnung machen in ihr „sicheres Land“ zurückzukehren?

Sabour Zamani, Leiter des Afghanischen Kommunikations- und Kulturzentrums, im Gespräch mit Prof. Dr. Maliha Zulfacar, Afghanische Botschafterin in Berlin

- Film: Die Tragödie dreier Familien

- Diskussion

Donnerstag 11. Dezember 2008, 19.00 Uhr

Afghanisches Kommunikations- und Kulturzentrum e.V.

Friedelstr. 10, 12047 Berlin, Tel: 030/ 6242121



Mahnmal für Rosa Luxemburg an der Lichtensteinbrücke.



Stele für Karl Liebknecht im Tiergarten.

Fotos: KDH

## Ehrungen für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 2009

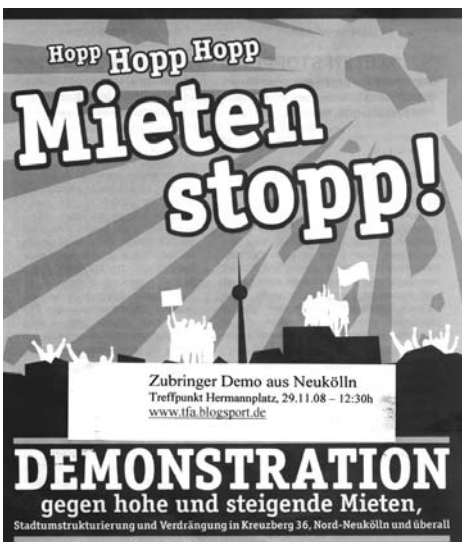
Vor 90 Jahren, am 15. Januar 1919, wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von Regierungssoldaten verhaftet und bei Nacht und Nebel ermordet. Rosa Luxemburgs Leiche wurde an der Lichtensteinbrücke in den Landwehrkanal geworfen, Karl Liebknecht im Tiergarten erschossen. Seit 1987 erinnern Mahnmale an den Orten der Verbrechen daran. Der Tod Luxemburgs und Lieb-

knechts war ein schwerer Verlust für die deutsche und internationale Arbeiterbewegung.

Am 15. Januar 2009 findet um 18.00 Uhr in der Budapester Straße vor der Grundkreditbank eine Gedenkundgebung statt. Hier war seinerzeit im Eden-Hotel der Stab der Garde-Kavallerie-Schützen-Division stationiert, die Luxemburg und Liebknecht verhaftet hatte und von deren Offizie-

ren sie ermordet wurden. Nach der Kundgebung besteht die Möglichkeit, gemeinsam zu den Mahnmalen im Tiergarten zu gehen.

Bereits am Sonntag, dem 11. Januar 2009, lädt DIE LINKE ab 9.00 Uhr zum stillen Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde ein.



Mehr als 1.800 Mieterinnen und Mieter gingen am 29. November auf die Straße, um gegen hohe und steigende Mieten zu protestieren. Sie wandten sich gegen die Vertreibung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten aus der Innenstadt, zum Beispiel durch Stadtumstrukturierung und Verdrängung in Kreuzberg 36 und in Nord-Neukölln. Eine „Zubringerdemo“ aus dem Norden Neuköllns formierte sich am Hermannplatz.

Weitere Informationen im Internet:  
[www.kreuzberg-info.de](http://www.kreuzberg-info.de)

## DIE LINKE. wirkt – wirke mit!

Wenn Du Dir selber eine Meinung über DIE LINKE bilden möchtest, dann informiere Dich direkt bei uns:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,  
[ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de](mailto:ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de)

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71  
[irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de](mailto:irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de)

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:  
DIE LINKE.Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030 613 59 19

### Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial über DIE LINKE bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name: .....

Anschrift: .....

E-Mail: ..... Telefon: .....

# Stolpersteine für Arbeiterwiderstand

ver.di, IG Metall, VVN-Bund und die Initiative „50 Stolpersteine für den Arbeiterwiderstand“ hatten Anfang Oktober eingeladen, um Widerstandskämpfer gegen die Nazis zu würdigen und neue Stolpersteine im Straßenpflaster einzuweihen.

In der Weserstraße 54 lebten die Familien des Ingenieurs Hugo Kapteina und des Buchdruckers Reinhold Herrmann und nur wenig entfernt der Schlosser Willy Kolbe in der Sonnenallee 137. In der Gielower Straße 32 c war der Buchbinder Rudolf Peter zu Hause. Sie gehörten 1944 zu der Widerstandsgruppe um Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bäst-

lein, die sich unter der Bezeichnung Nationalkomitee „Freies Deutschland“ an die Berliner wandte, um sie gegen Hitler und den Krieg zu versammeln. Mit mehr als 400 Mitstreitern, von denen über 100 ihr Leben ließen, war diese weit verzweigte Organisation in der Endphase des Hitlerregimes eine der größten Widerstandsgruppen. Ihre Anhänger hatten branchen-, gewerkschafts- und parteiübergreifend unter den Belagschaften in mehr als 70 Berliner Betrieben ein Netzwerk aufgebaut.



Foto: C. H.Z

## 50 Jahre Kubanische Revolution

Ausstellung in der Galerie Olga Benario vom 4. Dezember 2008 bis 15. Januar 2009

**Variaciones sobre el pensamiento cotidiano - Variationen über alltägliche Gedanken**

Die Ausstellung „Variationen über alltägliche Gedanken“ des kubanischen Künstlers Julio Neira zeigt einen Ausschnitt seines künstlerischen Schaffens aus mehreren Werkzyklen. Obwohl die Arbeiten aus unterschiedlichen Phasen stammen, haben sie eines gemeinsam: die Beziehung des Menschen zu Gegenständen, Geräten sowie deren Auswirkungen, die unseren Alltag bestimmen. Der ironische Blick des Künstlers bietet uns die Möglichkeit, über irrationales Verhalten von Menschen sowie über dessen tagtägliche Konsequenzen nachzudenken.

Julio Neira, 1969 in Ciudad de Sancti Spiritus (Kuba) geboren und dort lebend, ist Absolvent der Escuela Nacional de Arte und Mitglied der UNEAC (Kubanischer Nationalverband der Schriftsteller und Künstler). Sein Werk, das sich mit Malerei, Grafik, Bildhauerei, Installationskunst, Performances und Wandmalerei über ein breites Spektrum von Genres erstreckt, wurde bereits in zahlreichen Einzel- und Gruppenausstellungen in Kuba und anderen lateinamerikanischen Ländern gezeigt, ebenso in Spanien, Deutschland und Italien. Mehrfach wurde es auch prämiert.

Ein dreimonatiger Studienaufenthalt im Sommer 2008 auf Einladung des Künstlerhauses Denkmalschmiede Höfgen-Grimma ermöglichte dem Künstler eine kreative Schaffenszeit für mehrere Ausstellungsprojekte, darunter zur Weiterentwicklung des kleinfor-



matigen Zyklus „Variaciones sobre el pensamiento cotidiano“.

### Veranstaltungsprogramm

**Donnerstag, 4. Dezember 2008, 19.30 Uhr**  
**Ausstellungseröffnung**

Eröffnungsrede Irma Leinauer - Film über Julio Neira - Musik - Imbiss und Cocktails

**Donnerstag, 11. Dezember 2008, 19.30 Uhr**  
**Nach der Wahl Obamas zum US Präsidenten**  
**Welche Chancen hat nun die Linksentwicklung in Lateinamerika?**

Mit Harri Grünberg, wissenschaftlicher Mitarbeiter von Wolfgang Gehrcke (Die Linke) und Koordinator der AG Lateinamerika der Fraktion

**Donnerstag, 18. Dezember 2008, 19.30 Uhr**  
**Filmvorführung: Tanja la G.**

Kuba/D 2007, ca 55 min. (OmU) in Anwesenheit der Regisseurin Tania Lescano.

In dem Interviewfilm erzählen kubanische Frauen ihre Lebensgeschichten, sprechen von ihrer Beziehung zu Tamara Bunke und bringen

ihre Ideale und Überzeugungen ehrlich und emotional zum Ausdruck.

**Mittwoch, 31. Dezember 2008, ab 20 Uhr**  
**Silvesterparty „Fiesta cubana“**

ACHTUNG anderer Ort: in der kleinen Arena TEMPODROM

Mit Film: „Quiéreme y verás“ von Daniel Díaz Torres, Musik: Luis Enrique Y Su Gente, Show: Joaquin La Habana, DJ: Mambo One, Hip-hop: LSC & El Lapiz, Tombola mit Superpreisen, Cocktails, Büffet und Sekt um Mitternacht

**Donnerstag, 8. Januar 2009, 19.30 Uhr**  
**„Kuba nach 50 Jahren Revolution unter schwersten Bedingungen – und immer noch mit Idealen und voller Hoffnung“.**

Die Humboldt-Brigade berichtet von ihrer Reise und ihren Erlebnissen im Oktober 2008 in Pinar del Rio, Kuba

**Donnerstag, 15. Januar 2009, 19.30 Uhr**  
**Finissage.**

Resümee der Aktivitäten anlässlich „50 Jahre kubanische Revolution“, Powerpointpräsentation: Nachlese der großen Fiesta Feier mit allen Helfern und Gästen

**Galerie Olga Benario, Richardstr. 104, 12043 Berlin-Neukölln**

U7: Karl-Marx-Straße (Ausgang Neuköllner Oper und durch die Passage)

Infos: 680 59 387 oder 626 16 51

E-Mail: [gob@antifa-net.de](mailto:gob@antifa-net.de),

Internet: [www.Galerie-Olga-Benario.de](http://www.Galerie-Olga-Benario.de)

Öffnungszeiten: während der Veranstaltungen und auf Anfrage Tel. 251 12 97

## Termine DIE LINKE Neukölln

**Jahresabschlussfeier  
der Neuköllner LINKEN**

Donnerstag, 18.12.2008, ab 18.00 Uhr  
Richardplatz 16

**Bezirksvorstand**

Donnerstag, 11.12.2008, 8.1.2009,  
19.00 Uhr, Richardplatz 16

**BO Hermannstraße**

Mittwoch, 10.12.2008, 19.00 Uhr  
Jonasstraße 29 (Salvador-Allende-Zentrum)

**BO Reuterkietz**

Dienstag, 9.12.2008 und Dienstag,  
13.1.2009, 19 Uhr offenes Treffen in der  
Gaststätte Odysseus, Friedelstraße 37

Dienstag, 27.1.2009, 19 Uhr

Veranstaltung in den Räumen des Vereins  
iranischer Flüchtlinge e.V., Reuterstraße 52

**BO Rixdorf**

Donnerstag, 15.1.2009, 19.00 Uhr  
Donnerstag, 29.1.2009, 19.00 Uhr  
Richardplatz 16

**Filmtipps:**

Mittwoch, 10. Dezember 2008

„Krieg der USA gegen die Dritte Welt - verdeckte Operationen“ von Frank Dorrel

Donnerstag, 11. Dezember 2008

„Todesstaub - Kriegsverbrechen mit Uranwaffen im Irak, im Kosovo und in Afghanistan“ von Frieder Wagner

Mittwoch, 17. Dezember 2008

„Hitlers amerikanische Geschäftsfreunde - US Firmen verdienen am Krieg“ von Dieter Schröder und Joachim Schroeder

Donnerstag, 18. Dezember 2008

„Aktzeichen 11.9. ungelöst. Lügen und Wahrheiten zum 11. September 2001“ von Willy Brunner und Gerhard Wisnewski

Jeweils um 18.00 Uhr im „Kunstraum H6“, Hertastr. 6, Neukölln, 12051 Berlin.

Veranstalter: AKK Neukölln

**Impressum**

neu-köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE, Landesverband Berlin  
Auflage dieser Ausgabe: 1.500 Exemplare

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln  
Richardplatz 16, 12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19

Redaktionsschluss: 3. Dezember 2008

Beiträge für die nächste Ausgabe bitte bis zum  
18. Dezember 2008

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht  
der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

neu-köllnisch · Dezember 2008

# Neuköllner LINKE wählte neuen Bezirksvorstand

**Finanzmarktkrise und wirtschaftliche Rezession standen Anfang November ebenso im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung der Neuköllner LINKEN wie die Tarifaueinandersetzungen in der Metallindustrie. Es wurde ein neuer Bezirksvorstand gewählt.**

Der Bezirksvorstand wurde beauftragt, eine öffentliche Diskussionsveranstaltung über Ursachen und Lösungen der Finanzmarktkrise zu organisieren. Es sei eine klare Positionierung der LINKEN auf Bundes- und Landesebene gegen eine massive Umverteilung von unten nach oben von Nöten. Die Tarifforderung der IG Metall sei ein wichtiges Zeichen, gerade angesichts der Finanzmarktkrise. Es dürfe nicht sein, dass die Kosten für die Krise auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgeladen würden, heißt es in einem Beschluss.

In einem weiteren Beschluss unterstützt DIE LINKE Neukölln den geplanten Protest

„gegen die Militarisierung der EU und den Widerstand gegen die aggressive NATO-Politik anlässlich des 60. Jahrestages des Militärbündnisses“ im April des kommenden Jahres. Der Bezirksverband werde gemeinsam mit Bündnispartnern eine öffentliche Informations- und Mobilisierungsveranstaltung vorbereiten.

Zuvor hatte die Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes Neukölln einen neuen 12-köpfigen Bezirksvorstand und vier Delegierte zum Landesparteitag der Berliner LINKEN gewählt. Mit großer Mehrheit wurden Irmgard Wurdack und Ruben Lehnert in ihren Funktionen als Sprecher/-innen des Bezirksvorstandes wiedergewählt. Ebenso Christian Posselt als stellvertretender Sprecher und Werner Halbauer als Schatzmeister des Bezirksverbandes. Neu als stellvertretende Sprecherin wurde Judith Demba gewählt. Als weitere Mitglieder des Bezirksvorstandes wurden gewählt: Julia Dobberstein, Marlies Fuhrmann, Klaus-Dieter Heiser, Gülaysan Karaaslan, Thomas Licher, Franziska Lorenz-Hoffmann und Harald Schindel.



Mobilisierung der Beschäftigten auch am letzten Streiktag.



Foto: B&G

## Tarifkompromiss im öffentlichen Dienst

**Mit einem Kompromiss endete im November eine der längsten Tarifaueinandersetzungen im öffentlichen Dienst Berlins.**

Ab Juni 2009 erhalten alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst Berlins einen Sockelbetrag von 65 Euro pro Monat, die angekündigte Einmalzahlung für 2009 entfällt. Bei der Urabstimmung zum Tarifergebnis haben 76,5 Prozent der ver.di-Mitglieder dem Tarifergebnis zugestimmt. Aufgerufen waren die Mitglieder der Gewerkschaft in den Kindertagesstätten, den Schulhorten, den Bürger- und Ordnungsämtern sowie in Bezirks- und anderen Dienststellen, die in den Arbeitskampf einbezogen waren

„Aus der Diskussion mit unseren Mitgliedern wissen wir, dass das Tarifergebnis berechnete

Wünsche offen lässt, aber unsere Mitglieder sehen auch, dass der Arbeitskampf erfolgreich war und der Senat seine starre Haltung schließlich aufgeben musste. Daher war das Ergebnis zustimmungsfähig“, so Astrid Westhoff, Verhandlungsführerin der Gewerkschaften in dieser Tarifaueinandersetzung.

Der Senat werde wissen, dass er auch im nächsten Tarifkonflikt mit engagierten und kampfbereiten gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer/-innen rechnen müsse, die die Auseinandersetzung nicht scheuen. Das Ziel bleibe, wieder die Bezahlung und Arbeitsbedingungen zu erreichen, wie sie auch für die Beschäftigten im übrigen Bundesgebiet ausgehandelt werden.

Mitglieder des Neuköllner Bezirksverbandes der LINKEN unterstützten die Gewerkschafter/-innen solidarisch bei ihren Aktionen.

DIE LINKE Berlin-Neukölln